

Tagesordnungspunkt 5

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Südost am 08. November 2012

Mediationsverfahren Kulturpark

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP:

Der Ortsbeirat wolle beschließen, den Magistrat zur Einleitung eines Mediationsverfahrens zwischen den Betreibern des Kulturparks/Schlachthofes und den durch die Lärmemissionen betroffenen Anwohnern aufzufordern.

Mediatoren: Es wird vorgeschlagen, Herrn Stadtrat a.D., Herrn Peter Riedle, zu bitten, die Mediation zu übernehmen. Ersatzweise soll die Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden I, Herr Peter Vogt, angefragt werden.

Weitere Teilnehmer: Herr Ortsvorsteher Knüttel, Herr Sozialdezernent Imholz, je ein Vertreter/Vertreterin der im Ortsbeirat Südost vertretenen Parteien.
Die Auswahl weiterer Teilnehmer/innen des Mediationsverfahrens (z.B. Vertreter/innen des Schlachthofs, der Anwohnerschaft und aus Jugendgruppen) obliegt der endgültigen Entscheidung der Mediatorin / des Mediators.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

- I. Im Nachgang zur Erörterung in der Bürgerfragestunde vom 20.09.2012 wird der Magistrat um Vorlage folgender Informationen über den Ablauf von „Folklore-012“ gebeten:
 - » Ergebnisse der Dauerschallpegelmessungen inkl. Geräuschspitzen im Wohngebiet jenseits der Bahnanlagen.
 - » Hat es Verstöße gegen die Lärmauflagen gegeben? Wenn ja, in welchem Umfang?
- II.
 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die neue Konzerthalle des Kulturzentrums Schlachthof am 16.11.12 in Betrieb genommen wird.
 2. In Fortführung seiner bisherigen Beschlussfassung 17.04.2008 (Nr. 0023), 21.06.2011 (Nr. 0052) und 01.12.2011 (Nr. 0091) spricht sich der Ortsbeirat dafür aus, für die künftigen Folklore-Veranstaltungen ab 2012 zum Status Quo ante zurückzukehren und den Genehmigungsrahmen als Obergrenze

zugrunde zu legen, der zwischen 2007 und 2010 Anwendung gefunden hatte (Ortsbeiratsbeschluss vom 17.07.2007).

3. a) Der Veranstalter Volkswirtschaft UG wird gebeten, zeitnah öffentlich zu erklären, bei der Planung und Antragstellung sich auf diesen Rahmen zu beschränken.
- b) Der Magistrat wird gebeten, bei der Genehmigung entsprechend zu verfahren.

Beschluss Nr. 0099

1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.
2. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat II z.w.V.

Dezernat VI z.w.V.

Dezernat VII z.w.V.

Knüttel
Ortsvorsteher